



Pressemitteilung des Bundesvorsitzenden des DBV, Stephan Szukalski, zur Strategie 2020 der Deutschen Bank AG

Fassungslos stehen wir vor der Ankündigung der Deutschen Bank, „netto“ 9.000 Vollzeit-Arbeitsplätze abzubauen, dazu 6.000 bei externen Dienstleistern. Diese Zahlen machen uns gleich in vielfacher Hinsicht betroffen.

- 9.000 Arbeitsplätze sind nicht gleich 9.000 betroffene Kolleginnen und Kollegen. Nach unserer Erfahrung stecken aufgrund von Teilzeitanteilen hinter 9.000 Arbeitsplätzen mindestens 11.000 betroffene Kolleginnen und Kollegen.
- Konkrete Angaben, wie sich der massive Stellenabbau auf Länder, Standorte und Geschäftseinheiten verteilt, verweigert das Unternehmen bislang. Bis heute gibt es keine konkrete Zahl, wie hoch die Anzahl der Betroffenen in Deutschland ist.
- Für gut 1/6 der Beschäftigten in Deutschland hat der DBV für die Zeit bis 30.6.2017 einen tariflichen Schutz vor betriebsbedingten Kündigungen erreichen können.

Über allen anderen inländischen Beschäftigten hängt dieses Damoklesschwert weiter. Eine eindeutige Aussage, dass der Stellenabbau nicht auf diese unmenschliche Art erfolgen soll, fehlt bislang!

Wir fordern die Deutsche Bank auf, umgehend für Klarheit zu sorgen, wie viele Mitarbeiter in Deutschland abgebaut werden sollen, welche Geschäfts- und Legal-Einheiten in welchen Umfang und an welchem Standort betroffen sein werden, und wie sich das Management die sozialverträgliche Umsetzung vorstellt.

Weiterhin verwahren wir uns gegen die Art, wie mit politischen Zahlen der Abbau begründet wird. Die Cost-Income-Ratio sei „unakzeptabel“ hoch. In der Cost-Income-Ratio sind die exorbitant hohen Rückstellungen für Strafzahlungen für die diversen Skandale enthalten, dazu für die Kosten für deren Aufarbeitung. Buchstäblich hunderte von externen Anwälten und Wirtschaftsprüfern sind im Auftrag der Bank und der Regulatoren mit der Aufklärung und Bereinigung beschäftigt.

Vor diesem Hintergrund wundert sich kaum ein Mitarbeiter mehr über eine zu hohe Cost-Income-Ratio. Wir bezweifeln außerdem sehr, ob mit solchen, ja hoffentlich einmaligen Aufwendungen ein dauerhafter Personalabbau sinnvoll begründet werden kann.

Auch zum Thema Bürokratieabbau gäbe es einiges zu sagen. Unbestritten wachsen die zentralen Einheiten in der Bank seit Jahren. Bereits im Rahmen der Strategie 2015+ war die Rede davon, „Schattenfunktionen“ und „Dopplungen“ in den Zentralen der Bank und der Geschäftsbereiche abzubauen. Der Grund, warum dies nicht möglich war, lieferte das Management noch Anfang dieses Jahres selbst: Die Regulatoren stellen immer neue und immer höhere Anforderungen. Daran hat sich nichts geändert. Wir prognostizieren bereits jetzt: Für jedes Kästchen, das im Organigramm der Zentralen der Deutschen Bank und deren Geschäftsbereichen wegfallen wird, wird mindestens im gleichen Umfang an anderer Stelle ein neues entstehen.

Der größte Fehler von allen ist allerdings die geplante Schließung von 200 Filialen. Alle Filialen der Bank tragen nach unserem Wissen zum operativ nach wie vor ordentlichen und positiven Ergebnis der Bank bei. Auch wenn uns klar ist, dass die Deutsche Bank in 10 Jahren weniger Filialen als heute benötigen wird: Dieser Schritt kommt zu früh und zu radikal. Man muss kein Hellseher sein, um Einbrüche bei den Kunden und den Erträgen vorherzusagen. Statt „gesund schrumpfen“ werden wir nur „kaputtsparen“ sehen!

Der DBV – die Gewerkschaft der Finanzdienstleister fordert die Deutsche Bank und Ihre beiden Vorstandsvorsitzenden auf, Ihre Pläne zu überdenken, und umgehend mit den Betriebsräten + den Gewerkschaften in einen offenen Dialog zu den Plänen einzutreten.

*V.i.S.d.P.: DBV, Oliver Popp,
Kreuzstraße 20, 40210 Düsseldorf
info@dbv-gewerkschaft.de*